

### Formblatt für eine Unterstützungsunterschrift (Bürgerschaftswahl)

Eine Unterschrift ist nur gültig, wenn sie der/die Unterzeichner/in persönlich und handschriftlich geleistet hat. Unterschriften dürfen erst gesammelt werden, wenn der Wahlvorschlag aufgestellt ist. Vorher geleistete Unterschriften sind ungültig. Jede/r Wahlberechtigte darf mit seiner/ihrer Unterschrift nur einen Wahlvorschlag unterstützen. Wer mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet, macht sich nach § 108 d in Verbindung mit § 107 a des Strafgesetzbuches strafbar.



Ausgegeben  
Bremerhaven, 21. September 2018

  
.....  
Der Wahlbereichsleiter

#### Unterstützungsunterschrift

Ich unterstütze hiermit durch meine Unterschrift den Wahlvorschlag der Partei

**V-Partei<sup>3</sup> – Partei für Veränderung, Vegetarier und Veganer (V-Partei<sup>3</sup>)**

(Name der Partei oder Wählervereinigung und ihre Kurzbezeichnung)

bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 26. Mai 2019 für den Wahlbereich Bremerhaven.

.....  
(Vollständig in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen)

Familienname: .....

Vornamen: .....

Geburtsdatum: .....

Anschrift (Hauptwohnung)  
Straße, Hausnummer: .....

Postleitzahl, Wohnort: .....

Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung des Wahlrechts eingeholt wird.<sup>1)</sup>

.....  
(Ort) (Datum) (Persönliche und handschriftliche Unterschrift)

.....  
(Nicht vom/von Unterzeichner/in auszufüllen)

#### Bescheinigung des Wahlrechts<sup>2)</sup>

Der/Die vorstehende Unterzeichner/in ist Deutsche/r im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes. Er/Sie erfüllt die sonstigen Wahlrechtsvoraussetzungen des § 1 des Wahlgesetzes, ist nicht nach § 2 des Wahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen und im oben bezeichneten Wahlbereich wahlberechtigt.

Bremerhaven, .....

(Dienstsiegel)

Die Gemeindebehörde  
.....

1) Wenn der/die Unterzeichner/in die Bescheinigung seines/ihrer Wahlrechts selbst einholen will, streichen.

2) Die Gemeindebehörde darf das Wahlrecht nur einmal für einen Wahlvorschlag bescheinigen; dabei darf sie nicht festhalten, für welchen Wahlvorschlag die erteilte Bescheinigung bestimmt ist. Die Wahlberechtigung des Unterzeichners/der Unterzeichnerin muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein.